

Interview mit Tanja Gönner

Zum Thema Gehörlosigkeit, aber auch über andere Themen stand uns die baden-württembergische Sozialministerin in Schorndorf Rede und Antwort.



Guten Tag Frau Gönner, Sie sind jetzt Ministerin seit...

... 14. Juli 2004.

Zum Anfang mal was privates: Jetzt wo Sie Ministerin sind, haben Sie da mehr Stress als früher?

Ich hatte auch schon bevor ich Ministerin war als Bundestagsabgeordnete sehr wenig Freizeit, aber es ist jetzt noch mal ein Stück weniger geworden. Es ist tatsächlich so, dass ich quasi 6 Tage die Woche 18 Stunden und den 7. Tag noch mal 14 Stunden unterwegs bin, insofern ist es sehr schwierig das alles noch unter einen Hut zu bringen, worunter ich etwas leide, da ich eigentlich begeisterte Sportlerin bin, aber ich hoffe, dass ich im Winter ein paar mal auf die Skier steigen kann.

In welcher Location kann man Sie Samstag Abends sehen?

Also ganz offen gestanden: Ich war früher gern unterwegs, zu meiner Jugendzeit gab es in Sigmaringen auch noch gute Discos, zwischenzeitlich freue ich mich, wenn ich meinen Samstag Abend zu Hause auf dem Sofa verbringen kann. Wo ich ab und zu noch hingehere, ist in Sigmaringen ins Theatercafe um mich mit meinen Freunden zu treffen. Außerdem kann man mich ab und an in Bad Saulgau sehen, wenn meine Volleyballer Heimspiel haben.

Wie sieht denn die Arbeit ihres Ministeriums, unser Thema Gehörlosigkeit betreffend, aus, wird die Arbeit ohnehin schwerpunktmäßig von den Gehörlosenverbänden übernommen wird, wie viel Einfluss hat der Staat bei diesem Thema?

Zum einen ist der ganze Behindertenbereich in meinem Hause. D.h. bei mir werden in einer Abteilung alle Fragen, die Behinderungen betreffen, bearbeitet, insbesondere „Wo können wir als Land Rahmenbedingungen für Behinderte schaffen, damit sie auch Erleichterungen haben im täglichen Leben?“, in diesem Zusammenhang differenzieren wir natürlich, die Blinden haben noch mal andere Schwierigkeiten wie die Gehörlosen. Wir haben ja jetzt beim Landesbehindertengleichstellungsgesetz festgeschrieben, dass Gehörlose einen Anspruch auf einen Gebärdendolmetscher haben, insbesondere wenn sie in Verhandlungen mit Landesbehörden sind, und das war eben ein ganz großer Schritt, vor allem im Hinblick auf die Vergangenheit, als man ja die Gebärdensprache teilweise verboten hat, weil man Angst gehabt hatte, dass man sie nicht versteht. Wir beobachten auch ganz genau, welche Veränderungen es z.B. für Gehörlose gibt und wo wir Erleichterungen schaffen und in diesem Sinne korrigierend wirken können.

Also sind Gehörlose ein Teil des Behindertenressorts?

Richtig.

Es gab ja neulich einen großen Aufruhr, als man von Hannover aus Eltern gehörloser Kinder anscrieb mit der Empfehlung zur Operation mit dem riskanten ABI-Verfahren. Ein Trend zu solchen Maßnahmen in der Medizin ist ohnehin zu erkennen, ist es ihrer Meinung nach wichtig, die Gehörlosigkeit mit Biegen und Brechen zu bekämpfen, das „Problem“ also zu beseitigen, oder eher hinzugehen und es nicht krampfhaft zu bekämpfen, auch aufgrund der Nebenwirkungen, die solche Maßnahmen mit sich bringen können, sondern vielmehr die Erleichterungen im Alltag zu schaffen?

Ich glaube da sind verschiedene Ebenen zu sehen und man muss auch unterscheiden. Man muss erstens sich die Frage stellen, wie gehen wir mit denjenigen, die von Geburt an gehörlos sind, um. Und manchmal muss der Mensch eben auch erkennen, dass er – egal wie viel er in Forschung steckt – bestimmte Defekte nicht mehr beseitigen kann. Ich glaube der Mensch muss einfach erkennen, dass es etwas gibt, wo er eben nicht Gott spielen kann. Und das müssen wir auch akzeptieren. Ich glaube für betroffene Eltern gehörloser Kinder ist es unglaublich schwierig, weil die sich die Frage stellen, „Warum gerade bei meinem Kind?“, und genau auf so was bauen dann gerade solche Werbemaßnahmen auf, was ich unverantwortlich finde. Und da muss man dann eben schon prüfen, inwiefern das dann eben auch untersagt werden kann. Ich glaube, dass das notwendig ist, denn die Frage ist, in wiefern man für solche Dinge werben kann und wo wir bewusst gesagt haben, im medizinischen Bereich wollen wir keine Werbung, weil es für die Menschen schwer ist, weil die Menschen Hoffnungen haben und dann erstaunt sind, wenn diese Hoffnungen enttäuscht werden. Außerdem haben wir zur Zeit eine immer häufigere Zahl von Gehörschäden aufgrund äußerer Einflüsse in sehr frühen Jahren, ich habe diese Woche zum Beispiel einen Termin zum sogenannten DJ – Führerschein, weil wir feststellen, dass immer mehr junge Menschen auch aufgrund des Aufhaltens in relativ lauten Räumen Hörschäden bekommen, ich war früher auch gern in der Disco und habe meinen Spaß daran gehabt, wir wollen aber jetzt eben auch die DJ´s auf ihre Verantwortung aufmerksam machen und sie fragen, ob sie eben auch so viele Dezibel brauchen wie sie machen, da wollen wir schauen wie wir die Schäden verhindern können. Auch muss das Arbeiten in lauten Räumen eben mit Gehörschutz gewährleistet sein. Aber auch nach Differenzierung dieser Aspekte werden wir Gehörlose haben, für die es gilt, gute Rahmenbedingungen zu schaffen.

In der Gehörlosenpädagogik gibt es ja jetzt schon immer diesen Streit Lautsprache kontra Gebärdensprache, jetzt neu entfacht an der Humboldtuniversität Berlin. Wie geht ihr Ministerium damit um?

Wir wollen die Gehörlosen entscheiden lassen, welche Sprache jeweils für sie besser ist, wir versuchen ihnen differenzierte Möglichkeiten zu geben, das wird in Zukunft immer nötig sein, dass wir erkennen, es gibt verschiedene Voraussetzungen und die müssen verschieden angegangen werden, deshalb werden wir keinen Schwerpunkt bei einem der beiden Punkte setzen.



Ihr Vater war ja Schiedsrichter im Fußball, und da versucht man ja, die Spieler gerecht zu behandeln. Wie stehen Sie zum Thema soziale Gerechtigkeit?

Was meinen Vater angeht: Manchmal sind Schiedsrichter am Rande des Platzes sehr schwierig in ihrer Meinungsbildung. Aber Spaß beiseite: Unser Problem ist, dass bei uns jeder soziale Gerechtigkeit aus seiner Sicht definiert. Und ich sag nur – auch wenn mir danach wieder Populismus unterstellt wird - ist es sozial gerecht, dass ein Vater von zwei Kindern am Ende des Monats seine 2000 bis 2200 brutto mit nach Hause bringt, damit seine Familie unterhält, und dann sieht, dass sein Nachbar, der Sozialhilfe empfängt, im Zweifelsfall mehr hat als er? Ist es sozial gerecht, dass jemand, der 12 bis 16 Stunden pro Tag arbeitet, und viele unserer Mittelständler tun das, derart erdrückt wird, dass er irgendwann sagt, „Wieso nehme ich denn das Risiko auf mich?“ Wir müssen uns fragen, ob derjenige, der Leistung bringt, auch etwas davon hat. Und wenn er das hat, wird er gerne bereit sein, den Schwächeren in unserer Gesellschaft – und die haben wir – etwas davon zu geben. Wir haben in der Vergangenheit so getan, als bräuchten mehr unsere Hilfe als dass es der Fall ist. Das müssen wir diskutieren. Im übrigen kann es nicht sein, dass in Deutschland einer herkommen kann und sagen, dies und das sei sozial ungerecht, und dann gilt es als sozial ungerecht (siehe Gesundheitsprämie). Das ist eben die Frage, wie man denen, die Hilfe brauchen, helfen kann.

Führen die sogenannten 1 Euro – Jobs nicht dazu, dass Arbeitsplätze im sozialen Bereich gekillt werden?

1 Euro – Jobs dürfen nicht dazu führen, dass reguläre Arbeitsplätze abgebaut werden, das ist aber auch ein Teil von Hartz IV. Die 1 Euro – Jobber werden die sein, die versuchen wieder im Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Es wird aber im Alten- und Krankenpflegebereich nicht DIE Lösung sein, weil da mehr dazu gehört als die Bereitschaft zu arbeiten. Aber noch mal, 1 Euro – Jobs dürfen keine regulären Arbeitsplätze ersetzen.

Wir danken Frau Gönner herzlich für dieses Interview!